

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Druckerei des 6. und 7. Morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gericht:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.



Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 1.20 monatlich, 12.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Druckerlohn. Bei 6.60 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter anlässlich der Bezahlung. — Bezugs-Preise nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags-Verwaltung 18, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Überbach die Verlags-Verwaltung 18, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Überbach die Verlags-Verwaltung 18, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen, 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.20 Pf. für deutsche Anzeigen, 2.20 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unter-
Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen, 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.20 Pf. für deutsche Anzeigen, 2.20 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unter-
Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen, 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.20 Pf. für deutsche Anzeigen, 2.20 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unter-

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, L. Fernsprecher: Amt Längow 6202 und 6203.

Mittwoch, 12. Juni 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 267. • 66. Jahrgang.

Das gleiche Wahlrecht wieder abgelehnt.

Abgeordnetenhaus.

(Fortsetzung des Protokolls in der gestrigen Abend-Ausgabe.)

B. A. Berlin, 11. Juni.

Abg. Lohmann (natl.): Dr. Bachmair hat sich in starken Ausdrücken darüber beschwert, daß das Kompromiß in voller Heiligkeit entstanden ist. Ich hätte den diplomatischen Fähigkeiten Dr. Bachmairs mehr zutraut. Sollten wir hier, wo die Regierung und andere Parteien ein Interesse daran hatten, das Kompromiß zu bereinigen, die anderen Fraktionen und die Regierung in das Vertrauen ziehen? (Zuruf des Abg. Bus: Sie sind ja ein so kluger Politiker, daß Sie in einem solchen Falle zu ihrem Freunde Adolf Hoffmann gehen können! — Weiterer rechts.) Es ist nicht böser Wille, wenn die Regierung so spät benachrichtigt worden ist. (Zuruf links.) Ich muß verlangen, daß Sie meinen Worten glauben. Ich bin gewohnt, die Wahrheit zu sagen. Wenn ich etwas nicht sagen will, dann schweige ich. Wir beabsichtigen außerordentlich, daß die Verhandlungen nicht früher zustande gekommen sind.

Unser Ziel war, einen Teil des Zentrums für unseren Antrag zu gewinnen.

Die Herren sind aber erst jetzt nach Berlin gekommen, so daß erst heute morgen der Abschluß des Kompromisses erfolgen konnte. Dr. Bachmair hat mit großem Aufwand von Stimmgeldern und Pathos und in Grund und Boden geredet. Darauf waren wir gefaßt. Der Eindruck der Rede Dr. Bachmairs war sehr gering. Im allgemeinen ist das für und Wider so gründlich hier erörtert worden, daß das Thema erschöpft ist. Nur einige Fragen will ich noch hervorheben; einmal die, inwieweit das Verhalten der Sozialdemokraten abhängig ist von der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zum gleichen Wahlrecht. Der Minister hat die Abhängigkeit bejaht und meinte, bei einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie erfolgen. Nach meiner Überzeugung hängt das Anwachsen der Sozialdemokratie und das Zurücktreten des Mittelstandes zur Sozialdemokratie erstens von der Frage ab, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestalten werden, zweitens, welches Maß von politischem Einfluß die Sozialdemokratie hat, und drittens von dem Grade der Verwirklichungsmöglichkeit der Ideen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten würden für ein radikales Wahlrecht keine besondere Dankbarkeit bezeigen.

Ein klassischer Zeuge dafür ist August Bebel, der am 8. Februar 1893 im Reichstag den Fortschrittler antwortete: „Mit dem allgemeinen Wahlrecht arbeiten Sie auf ihren eigenen Untergang hin!“ (Lebhafter Hört! Hört! rechts.) Die politische Offenheit Bebel's ist doch bekannt; dieses Wort verdient also größte Beachtung. Mit der Zustimmung oder Ablehnung des gleichen Wahlrechts ergibt sich keinerlei Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Sozialdemokratie. (Lachen links.) Gewiß hat die Arbeiterchaft ein Wahlrecht zu verlangen, das jedem Stand eine angemessene Vertretung im Staate sichert. Das war immer das Ziel der national-liberalen Fraktion. Verhindert man eine detaillierte Vertretung, dann kann man Verbitteuerung hervorrufen. Die reichenden Arbeiter werden aber durch die Verbitteuerung des gleichen Wahlrechts nicht zu einer solchen Verbitteuerung gebracht werden. (Lachen links.) In Arbeiterkreisen ist mir gesagt worden, daß das gleiche Wahlrecht nicht die gleiche Vertretung aller Stände, sondern die Herrschaft eines Standes ist. (Lachen links und Zurufe.) Sie kennen die Volksseele! Ich kenne eine Volksseele, die anders ist als die des Herrn Hoffmann. Die Tatsache, daß große Parteien und Parteigruppen sich auf unseren Antrag geeinigt haben, ist ein Entgegenkommen gegenüber dem Standpunkt der Regierung. Es ist ein deutlicher Beweis dafür, daß wir zu einer Verständigung bereit sind. (Lachen links.) Wir haben nicht anders, und Ohren hat, zu hören, der versteht, daß hier ein Entgegenkommen von Seiten der Konservativen und Freikonservativen vorliegt. (Zustimmung rechts.) Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterchaft das Erfordernis der Anfassung als Verbitteuerung betrachtet. Gegen die dreijährige Staatsangehörigkeit und einjährige Anfassung kann man nichts einwenden. Wenn die letztere auch einen gewissen Einriß bei einer fluktuierenden Arbeiterchaft bedeutet, so wird das im zweiten Jahr auf keinen Fall mehr zutreffen. (Lebhafter Widerspruch links.) Eine Verbesserung ist an den früheren Antrag Lohmann vorgenommen worden durch die Zustimmung für Angestellte und Arbeiter. Diese Arbeiter können in solchen Stellungen vorrücken. Der Minister hat also nicht recht, daß kein Arbeiter diese Zustimmung erlangen könne. Wo ist denn die soziale Ungerechtigkeit?

Am Schlußfall kann der Angestellte, gehobene Arbeiter usw. nach unserem Antrag drei Stimmen haben, der gewöhnliche Arbeiter zwei Stimmen.

Wenn wir vor dem Krieg so etwas vorgeschlagen hätten, hätte die Volkspartei Bedenken gehabt haben gegen einen solchen Radikalismus (Lebhafter Widerspruch bei der Volkspartei. — Zurufe links: Wir haben immer das gleiche Wahlrecht beantragt!) An der Dreiviertelmehrheit kann derjenige

keinen Anstoß nehmen, der die Schwierigkeiten eines Kompromißabstufes kennt. Mir paßt die Dreiviertelmehrheit natürlich auch nicht, aber bei einem Kompromiß müssen alle Parteien nachgeben. Die jetzige Fassung der Kulturkürungen trägt dem Rechnung. Wir haben immer eine Verständigung herbeizuführen gesucht. Wäre die Erregung nicht so groß, so würde nicht verkannt werden, daß unser Antrag eine weitere Verständigungsmöglichkeit bietet und ausdrücklich dazu bestimmt ist, der Verständigung zu dienen. Ich bitte ernstlich zu überlegen, ob Sie nicht den Kompromißparteien und dem Frieden näherkommen können. Diesen zu erreichen, ist unser Ziel. (Beifall.)

Abg. Kurlant (Volk): Wir lehnen dieses insgeheim vorbereitete Kompromiß ab. Der Proporz für die Ostmarken ist ein Rechtsbruch, der an dem polnischen Volk begangen werden soll. Dieses Dreiklassenhaus kann eben kein Gesetz beschließen, ohne die Volksrechte zu kränken.

Die Dreiviertelmehrheit für Verfassungsänderungen bedeutet eine ständige Provokation zum Verfassungsbruch. Die durch den Sicherungsentwurf vorzunehmende dauernde Festlegung der im Osten eingeführten Simultanschule vereinigt die Ausnahmebestimmung der dortigen Katholiken. Wir halten fest am gleichen Wahlrecht und lehnen das Rechtsbruch-Kompromiß ab.

Abg. Lehner (Soc.): Das ist jetzt die vierte Offensive der Wahlrechtsfeinde; ihr Sieg würde dem Volk zum schlimmsten Unheil werden. Daß die Verschwörer gegen die Massen des Volkes eine solche Menge von Verschlechterungen und einen so niederrückenden Rechtsbruch ausdenken würden, kann beinahe noch überraschen, und all das soll noch durch Dreiviertelmehrheit gesichert werden.

Es gehört eine eiserne Stirn dazu, dem Volk in dieser Zeit so etwas zu bieten.

Der Zweck ist die Vereinerung der Kultur des ostpreussischen Ostpreußen für ganz Preußen. Es ist eine elende demagogische Wahlpolitik. Sie erragt bei dem opferbereiten, dankbaren und beifolles kämpfenden Volk tiefstes Mißtrauen. Sie wollen die Herren bleiben und betrachten das Volk als ein Wild, das eingesperrt bleiben muß. Sie sind es, die das Schicksal erschüttern. Das Dreiklassenwahlrecht ist der Vorläufer der Unfreiheit. Dieser preussische Zustand dient den Feinden Deutschlands als geistige Waffe. Sie verlangen dadurch den Krieg, den sie die Opfer und laden eine ungeheure Blutschuld auf. Sie wollen andere Völker vergewaltigen, wir Sie das preussische Volk vergewaltigt haben. Wir verlangen die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Abg. Ströbel (Unabh. Soc.): Die Herren Dr. Friedberg und Graf Hertling wollen im Ernst gar nicht die Auflösung des Hauses, um das gleiche Wahlrecht zu schaffen. Ihnen kommt die Verschleppung nicht unangelegen. (Der Abg. Adolf Hoffmann wird zweimal zur Ordnung gerufen, weil er die Geschäftsführung des Vizepräsidenten Dr. Lohmann kritisiert.) Das ist der liberale Präsident! (Abg. Ströbel wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.)

Die allgemeine Besprechung schließt. Es folgt die Einzelberatung über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Abg. Grunow (Soc.) begründet den Antrag Brust (Soc.) und Genossen, monach wahlberechtigt sein soll, wer während eines halben Jahres seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat. (Vorlage ein Jahr.)

Nach dem Antrag Heydebrand - Dr. Lohmann - würde soll zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt sein, wer mindestens 2 Jahre seinen Aufenthalt in der Gemeinde hat. Die Abstimmung über den Antrag Heydebrand ist namentlich. Der Antrag wird mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Brust erledigt.

Der Antrag Lufas (natl.), Kronsohn (Soc.) und Brust (Soc.) auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Protokollbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.)

L. Berlin, 11. Juni.

Im Bundesrat: Ballroß, Kriegsminister v. Stein. — Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Auftrag.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Soc.): In jüngster Zeit ist an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der ganz oder zum größten Teil Raub, insbesondere Wuchertabak enthält, und der die Militärbehörden viel Geld kostet. Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um diesem Vergehen einzelner Lieferanten im Interesse des Heeres mit all-
Schärfe und raschstens zu begegnen?

Generalleutnant v. Oden: Die Heeresverwaltung hatte auch nur sehr ungern infolge der immer größer werdenden Knappheit des Rauchtobaks sich dazu entschlossen, der Zulassung von Tabakerzeugnissen zuzustimmen. Nach sorgfältiger Prüfung unter Berücksichtigung des Reichsgesundheitsamts wurde eine Mischung mit Wuchertabak gewählt, wie sie durch Bundesratsentscheidung vom 8. November 1917 zugelassen ist. Der Anteil an reinem Tabak ist in dem einen Paket größer als in dem anderen. Die Zahl der hier bekannt gewordenen Klagen ist bisher verhältnismäßig gering gewesen. (Stärklicher Widerspruch.) Durch Verfügung vom 18. Mai 1918 ist die Weiterlieferung der Kriegstabakmischung zunächst eingestellt worden.

Da jedoch unter diesen Umständen die Tabakvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sein werden, über die Belieferung der Heeresverbände um die Hälfte geringer werden müßte, wird die Einstellung der Lieferungen von Kriegstabak kaum aufrecht erhalten werden können. Auf die ergänzende Anfrage des Abg. Müller-Meiningen, ob die Einstellung eine dauernde oder eine vorübergehende sei, antwortet Generalleutnant von Oden, die Einstellung ist zunächst eine vorübergehende.

Abg. Dr. Müller-Meiningen fragt ergänzend: Ist dem Reichsminister bekannt, daß für das zu Tabak verwendete Wuchertabak 500 M. pro Zentner gefordert werden,

und was der Reichsminister zu tun gedenkt, um diesen Wucher zu bekämpfen? Ist dem Reichsminister bekannt, daß einzelne Truppenteile ganz erheblich gesundheitlich geschädigt werden sind, und zwar mehr als durch das feindliche Gas?

(Weiterkeit.)

Generalleutnant v. Oden: Die Kriegstabakmischung kostet 5 M. das Kilogramm. Darin sind 1.20 M. Steuer enthalten, so daß das Pfund 1.20 M. kostet. Gerade mit Rücksicht auf die Klagen von Gesundheitschädigungen ist die Lieferung zunächst eingestellt worden. Es wird geprüft, ob eine Mischung herangezogen werden kann, die diese Abstände nicht enthält. Der Name des Fabrikanten steht auf den Tabakstücken nicht; sie tragen jedoch Nummern, so daß die Herkunft jederzeit festgestellt werden kann. Gegen eine Fälschung ist bereits Strafanklage gestellt worden.

Abg. Breh (Soc.) fragt, was der Reichsminister zu tun gedenkt, um bei der

Beschlagnahme der Tür- und Fensterbeschläge die Gefahr der Verzögerung der Ersatzbeschaffung und der übermäßigen Verteuerung zu verhindern.

Generalleutnant Oden: Die Industriellen, die bislang Tür- und Fensterbeschläge herstellen, sind keineswegs völlig ausgeschaltet. Die Vergabe der Aufträge erfolgt nach geübtem Richtlinien. Von einer besonderen Kommission für die Ersatzstoffe ist ein Einheitspreis vorgeschrieben.

Abg. Dr. Müller-Meiningen fragt aus Anlaß eines am 14. April 1918

in Collinsville (Illinois) an einem deutschen Bergarbeiter, der der Deutschfreundlichkeit beschuldigt wurde, verübten Lynchmordes,

was der Reichsminister zu tun gedenkt, um dergleichen Folgen eines verbrecherischen Chauvinismus gegen Deutsche in den Vereinigten Staaten vorzubeugen?

Geheimrat Simon: Die Tatsache des Lynchmordes ist richtig. Es lag kein anderer Grund vor, als daß der Verhaftete Reichsdeutscher und deutschfreundlich gesinnt war. Der schweizerische Gesandte hat im deutschen Interesse schlaun-
Der Verhaftete eingereicht und Sicherstellung gegen den-
artige Ausschreitungen verlangt. Die Vereinigten Staaten räumen die Tatsache ein. Nach den Gesetzen des Staats Illinois soll aber nicht eingeschritten werden können. Geheime Maßnahmen sollen getroffen werden, um dem-
artigen für die Zukunft vorzubeugen.

Die Vereinigten Staaten sind in erster Linie für den da-
gegangenen Frevel verantwortlich.

Die Regierung der Vereinigten Staaten muß Mittel und Wege finden, um die Rechte und Freiheiten der Deutschen in Amerika zu schützen. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung des schweizerischen Gesandten wiederholt fund-
gegeben, daß die Erhebungen in dieser Frage beschleunigt werden. Auf ergänzende Anfrage des Abg. Müller-Meiningen erklärt Geheimrat Simon noch: Auch in anderen Fällen, in denen Reichsdeutsche gekidnappt oder irgendwie vergewaltigt worden sind, wird das amerikanische Amt eingegriffen.

Abg. v. Trampuzzi (Soc.) fragt, was der Reichsminister zu tun gedenkt, um der Zurückhaltung der polnisch-russischen Kriegsgefangenen entgegenzutreten und ihnen ihre Freiheit wieder zu geben.

Oberst v. Brandt: Die Leute sind mit wenigen Aus-
nahmen vor Abschluß des Friedens mit der Waffe in der Hand getroffen und daher rechtmäßig als Kriegsgefangene behandelt worden. Bezüglich ihrer Beschäftigung haben ledig-
lich die Bestimmungen Platz gegriffen, die für alle Kriegs-

gefangenen mitgeheben sind. Es sind Erhebungen darüber angestellt, ob im einzelnen Mißgriffe vorgekommen sind; wo dies der Fall ist, wird Wählfähigkeit geschaffen werden.

Darauf folgt die Abstimmung über die Antzage und Entschädigung zum Etat des Reichsamt des Innern. Angenommen wird: die Wiederherstellung des Staatsanwalts, die beiden dem Ausschuss gestrichenen vortragenden Räte werden gewillt und die Entschädigung betr. Beamtenauschüsse, angenommen. Die sonstigen Entschädigungen werden abgelehnt. Damit ist der Etat des Reichsamt des Innern erledigt. Es folgt

Heeresetat.

Hr. Reibel (Lans.) erstattet Bericht über die Ausgabeverhandlungen und gebietet dabei besonders ehrs des gefallenen Fliegerhelden Freilich v. Nitzhofen.

Mit der Beratung des Heeresetats wird die erste Lesung eines Gesetzes, betr. Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst, eines Ergänzungsgesetzes, betr. Änderung der Wehrpflicht vom 1. Februar 1888, und betr. Währung im Militärstrafgesetzbuch, verbunden.

Der jüngste deutsche Angriff hat zu großen Erfolgen geführt.

Der Sieg des deutschen Kronprinzen ist für die Entente eine der schwersten Niederlagen geworden.

Die Grundlage dazu bilden die Kämpfe bei Arras und die um den Aemmel. Nur durch den Einsatz der französischen Reserven an der Somme und in Flandern ist es möglich, die zerbrochene englische Schlachtfront wieder zusammenzufügen. Die zur Elbe des englischen Heeres eingesehten französischen Divisionen schritten naturgemäß am Chemin des Dames. Die abgelängten englischen Divisionen konnten der Wucht des deutschen Angriffs nicht standhalten. Wie beispiellos schnelle, die den Vormarsch in Italien noch übertrifft, führte der Angriff die Angreifer über die Aisne bis zur Marne.

Große Teile des französischen Heeres sind geschlagen.

Die sog. Hoch-Reservearmee besteht zurzeit nicht.

Neben den Verlusten an Menschen erlitt der Feind eine gewaltige Einbuße an Kriegsmaterial. (Wabot!) Jetzt macht die Entente den Vorwurf des Verrats. Das ist der Dank für einen früheren Bundesgenossen, der sich für England permutet hat.

Staatssekretär Graf von Rödern zum Besitzsteuerkompromiß.

W. T. B. Berlin, 10. Juni. In der weiteren Debatte über das Besitzsteuerkompromiß im Hauptauschuss des Reichstags entgegnete Staatssekretär Graf Rödern den Vordrängern: In bezug auf die Einzelheiten der vorzusehenden Vermögenssteuer habe ich mich keineswegs festgelegt. Bezüglich der Schaffung eines Steuergerichtshofes möchte ich erklären, daß er selbstverständlich mit der Verabschiedung der Warenumsatzsteuer auch materiell ins Leben treten muß. Nur in bezug auf die Ausdehnung der Befugnisse möchte ich die Stellungnahme der Verbündeten Regierungen noch offen lassen. Erst müssen die einzelnen Bundesstaaten zu den zukünftigen Befugnissen der neuen Reichsbehörden Stellung nehmen können. Daran sind jeweils mehrere Ressorts beteiligt. Grundsätzlich soll jetzt zunächst die Zuständigkeit für das Warenumsatzgesetz ausgesprochen werden. Die Geringfügigkeit der Kriegsteuern ist in Erwägung zu ziehen, wie dann und später das ganze Gebiet der indirekten Steuern. Gegen Schluss erklärte Staatssekretär Rödern noch auf eine Anfrage des Abg. Pfleger: Ich kann heute noch keine bestimmte Erklärung über den Sitz des zukünftigen Steuergerichtshofes abgeben. Persönlich bin ich dem Gedanken durchaus geneigt, ihn außerhalb Berlins zu legen.

Regierung und Arbeitskammern.

B. A. Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Im Reichstagsauschuss für das Arbeitskammerngesetz gab Geheimrat Oberregierungsrat Seiffert im Namen der Regierung zu dem Vorschlag auf Errichtung von Arbeitskammern auf: künftiger Grundlage ohne Sachkammern zur Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen diesem Entschluß nicht zustimmen könnten, sich gleichwohl

aber an den weiteren Beratungen beteiligen würden, in der Hoffnung, bis zur zweiten Lesung zu einer Verständigung mit den Parteien zu kommen. Die Regierung könne sich höchstens für den Antrag Trimborn erklären, der Sachkammern für die hauptsächlichsten Industrie- und Gewerbebetriebe, räumlich begrenzte Kammern für die übrigen gewerblichen Gewerbebetriebe vorschlägt. Auf diese Erklärung der Regierung hin beschloß der Ausschuss die Verhandlungen abbrechen, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage Stellung zu nehmen.

Presse und Regierung.

Die diesmahlige Rundschau brachte außer den üblichen Beschwerden über Zensur und einseitige Behandlung im Interesse bestimmter politischer Auffassungen eine neue Betrachtungsweise. Der Abgeordnete Gothein war es, der darauf hinwies, daß durch die eine oder die andere Regierungsmehrheit die Presse dazu benützt würde, die Auffassungen dieser bestimmten Stelle zu verbreiten. Der Abgeordnete Gothein hat dies geladelt. Wir können nicht unterlassen, ob die Hölle, auf die der Abgeordnete Gothein sich hierbei bezogen hat, wirklich so geartet gewesen sind, daß von einem Mißbrauch der Presse und damit zugleich von einer Unterwürfigkeit gesprochen werden darf. Wäre dem so, so würden auch wir auf das schärfste solche Beziehungen zwischen Regierung und Presse und umgekehrt solche Liebedienerei der Presse gegenüber der Regierung tadeln müssen. Davon abgesehen aber möchten wir die Gelegenheit benutzen, um einmal grundsätzlich auszusprechen, daß wir uns sehr wohl vorstellen können, wie die Regierung im Interesse ihrer Pläne die Presse als ein Instrument nicht nur für das Ausland, sondern auch für die Bearbeitung des Auslands benützt. Und wiederum umgekehrt: daß die Presse mit vollem Bewußtsein sich dazu entscheidet, der Regierung ein Helfer zu sein. Dabei legen wir selbstverständlich voraus, daß die Presse zu solcher Regierungshilfe sich nur dann bereit findet, wenn sie mit den Plänen dieser Regierung nun auch wirklich übereinstimmt und so der Meinung ist, daß ihr Eintreten für diese Regierung dem Wohle des Vaterlandes und dem Gedeihen des Volks nützlich ist. Die Presse ist keine Welt an sich. Auch sie ist eingegliedert in den großen und vielfältigen Zusammenhang des öffentlichen Lebens und des politischen Geschäfts. Ihre Anspitzlichkeit, dadurch, daß sie in der Regierung Fühlung unterhält, ihre eigene Freiheit zu verlieren, erklärt sich doch nur aus einem Mangel an Selbstbewußtsein, aus der Furcht, durch solche Beziehungen im eigenen Urteil unsicher und von der Durchführung eigener Absichten abgehalten zu werden. Weist die Presse sich von solchen Schwachheiten frei und ist sie überreut, den rechten Weg aus eigener Kenntnis zu finden und aus eigener Kraft innenzufinden, so kann sie sehr wohl sich dazu entschließen, der Reichsregierung, ein Arbeitsgenosse zu sein. Andererseits wird eine moderne Regierung alles daran setzen, die Presse sich zur Seite zu wissen. In Ländern, die eine große westpolitische Erfahrung haben, besonders in England, besteht seit langem solche Arbeitsgemeinschaft zwischen Regierung und Presse. Die großen westpolitischen Absichten Englands wären, so wohl was die Durchführung wie was die Berichterstattung betrifft, niemals so vortrefflich gelungen, wenn nicht eben die englische Presse den Plänen der Regierung jegliche Förderung hätte anteil werden lassen. Die deutsche Presse hat sich viel zu lange als Kritiker gefühlt und sich dagegen verweigert, Mitregent zu sein. Sie soll und sie muß lernen, nicht nur zu referieren und zu betonen, zu loben und zu tadeln, sondern tatsächlich politisch produktiv zu werden. Das kann sie aber selbstverständlich nur, wenn sie zur Regierung die Stellung eines Bundesgenossen einnimmt. Bundesgenossen aber stehen einander nicht mißtrauisch gegenüber, sondern — zumal, wenn sie jeder für sich Einsicht und Kraft besitzen — hilfsbereit und arbeitssam.

die feindlichen Parteien in dem engen Zusammenleben nicht noch mehr erbitterten.

Sie selber ging zu Onkel Albert und hatte mit ihm eine lange Unterredung. Als er sprach, sie sich vom Herzen herunter, das schon seit Jahren wie mit Bergeslast auf ihr gelegen hatte.

Und als sie sich beim Abschied die Hände kräftig schüttelten, und sein Vorwischen mit rot bemalten Nägeln dabei stand, sagte der alte Räger: „Schied uns die Kette mir ruhig her. In unserem Haus wird Hochzeit gefeiert. Und wenn auch unsere Anna gern mit dabei wäre, so mögen sie sich nur den Mund waschen. Außer dem Pastor, um den wir nicht herum können, wird nur der Christian Hof geladen. Es soll doch einer aus dem Hause Dohm dabei sein, und ich möchte mir keinen treueren Beistand.“

Da verließ auch Frau Anna jede Fassung und sie fiel dem alten Onkel schluchzend um den Hals.

„Reiß mit Gott, Anna, und wenn ihr heim kommt, wird dein Hausstern die Sache schon mit anderen Augen ansehen. Die Zeit ist die beste Mittlerin.“

„Wie wird es nur Kette aufnehmen, Onkel Albert. Ich traue mich gar nicht, ihr unferen Entschluß mitzuteilen. Sie steht immer bei Tante Elise, und zu Hause spricht sie kein Wort.“

„Wißt du was, Kind, sag ihr gar nichts und aber laß alles uns.“

„Ja, vielleicht ist das das Beste, Onkel Albert. Wenn ich doch nur Gustav erst glücklich fort hätte, sie lassen ihm in keine Ruh.“

„Wer, Anna?“

„Na, Mathilde und — — —“ Frau Dohm stockte.

„Und Bernhard? Sag es nur frei heraus. Er hat von jeher dem Wilhelm keine Liebe gezeigt. Weiß er eigentlich, daß seine Frau hinter seinem zukünftigen Schwager her war, wie der Teufel hinter der armen Seele? Unser Franz ist mal dazugelommen, als sie

Erneute Gegenangriffe der Franzosen gescheitert.

W. T. B. Berlin, 11. Juni, abends. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem Kampffeld südwestlich Reims sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schweren Verlusten gescheitert.

Die ersten amerikanischen Angriffserfahrungen.

W. T. B. Berlin, 10. Juni. An der Front von Chateau-Thierry nach Nordwest verblutete sich der Feind seit dem 5. Juni in nutzlosen mit starken Kräften unternommenen Gegenangriffen. Am 7. Juni gab hier zum ersten Male eine amerikanische Division zum Angriff vor. Im Brennpunkt des Kampfes stand der Wald von Belleu. Hier hatte ein deutsches Regiment unter persönlicher Führung des Regimentskommandeurs den Amerikanern ungewöhnlich schwere Verluste zugebracht. Es warf den Feind, der bis an den Rand des Waldes vorgedrungen war, im Kampf Mann gegen Mann mit Sandbagatzen und Bajonetts zurück. Als trotz dieser blutigen Abwehr Teile der amerikanischen Division, und zwar der Marinebrigade, in der Frühe des 8. Juni nochmals in mehreren Wellen hintereinander zum Sturm voranrückten, ließ sowohl die deutsche Artillerie wie die Infanterie den Feind nahe herankommen. Nicht vor dem Walde wurden feine Sturmkolonnen frontal von beiden Flanken her vom wirksamsten zusammengefügten Maschinengewehr- und Artilleriefire überfallen. Nur wenige Amerikaner konnten sich in die Gefangenschaft oder durch eilige Flucht retten. In dichten Säufen blieb die Masse der Amerikaner bei dem Belleu-Walde liegen.

Die neue Fernbeziehung von Paris.

W. T. B. Köln, 10. Juni. Wie die „Köln. Volksztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, richteten die Geschosse unserer weittragenden Ferngeschütze auch an einzelnen militärischen Bauwerken in Paris Schaden an. Geschosse schlugen z. B. auf dem Orskanhof und dem Bahnhof St. Lazare ein. Auch der Quai d'Orsay, der Justizpalast und der Place de la Concorde wurden getroffen.

Unwahre englische Behauptungen über unsere Flieger.

W. T. B. Berlin, 7. Juni. Zahlreiche englische Zeitungen melden, daß die Deutschen im letzten Monat 1000 Flugzeuge verloren haben. „Daily News“ knüpfte an diese Meldung in ihrem Leitartikel vom 21. Mai den Schluss, diese Verluste müßten bereits die Wirksamkeit der deutschen Luftstreitkräfte beeinträchtigen. Der Schluss der englischen Zeitung wäre richtig, wenn seine Voraussetzung richtig wäre. Nach dem deutschen Siege am Chemin des Dames dürfte aber auch unseren Feinden klar geworden sein, daß die Wirksamkeit der deutschen Fliegertruppe noch immer der unserer Gegner überlegen ist. Eine so völlige Überraschung des Gegners, wie sie der Oberste Heeresleitung vom 27. Mai gelungen ist, kann nur vollbracht werden, wenn ihre Vorbereitungen durch die Überlegenheit der eigenen Luftstreitkräfte dem Gegner haben verborgen werden können und die Oberste Heeresleitung die Gewissheit gehabt hat, in den Wochen der Kampfpause über die Maßnahmen des Gegners hinreichend durch Luftaufklärung unterrichtet zu sein. Daß diese Leistung von den Deutschen vollbracht ist, versuchen unsere Gegner jetzt durch die Behauptung zu verheimlichen, sie seien nicht überrascht worden. Hiermit stellen sie dem General Koch ein rühmliches Zeugnis aus. Deutschland wenigstens schätzt die Fähigkeit des französischen Seerführers und auch die Kampfkraft der französischen Armee doch etwas höher ein, als daß es annähme, Koch habe den deutschen Ansturm vorausgesehen, ihm aber nicht wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen können.

(Ed. Fortsetzung.)

Fortsetzung verboten.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Zohlt.

„Anbig, lieber Freund — nur ruhig. Wozu das so laut herausschreien, daß es das ganze Haus hört.“

„Dahum will ich ja verreisen, dann seh ich es wenigstens nicht.“

Die Aufregung des alten Herrn wurde so beängstigend, daß Köhler ihm sofort Bettruhe verordnete. Er selber brachte ihn die Treppe hinauf.

„So, und nun werden die Tropfen geschluckt, und Frau Anna sorgt für die nötige Ruhe. Morgen komme ich nochmals vor.“

Der Arzt hatte antworten. Dohm redete weiter auf seine Frau ein, plante und verwarf und konnte sich zu keinem Entschluß durchringen.

Da sagte Anna sich ein Herz und erklärte: „Ich begleite dich nach Karlsbad. Wir legen die ganze Sorge und alle Verantwortung in die Hände von Onkel Albert und seinem Lowisken, da ist unser Kind gut aufgehoben. Du gibst dem Kustizrat Vollmacht. Die nötigen Papiere sind ja rasch beschafft, und dann mögen die beiden in Gottes Namen heiraten.“

„Du willst Kette verlassen und mit mir gehen?“

„Mein Platz ist an deiner Seite, das erwartet Kette auch gar nicht anders. Dieser unerquickliche Zustand muß zu einem Ende kommen, so oder so, das halten wir alle auf die Dauer nicht aus.“

Dohm stockte nach der Hand seiner Frau, die treu zu ihrem starren Tyrannen hielt, drückte sie fest, drehte sich dann nach der anderen Seite, und bald darauf zeigten seine tiefen Atemzüge an, daß er schlief. Wieviel die heimliche Hoffnung, daß in Zukunft sich doch noch alles wieder zurecht ziehen würde, bei dem Entschluß Annas mitgesprochen hatte, stand sie sich selber laun ein. Sie sorgte vor allem dafür, daß sich

ihm bei Mondenschein in unheimlichen Höhlen an den Hals flog, und er sie unausdäglich von sich abschob.“

„Die Mathilde dem Wilhelm? Davon weiß ich ja gar nichts.“

„Dein Anna wird es aber wissen. Es finden sich ja immer Furcher und da ist schließlich seine Abneigung zu befehlen.“

„Mathilde ist ihm eine gute Frau geworden.“

„Warum sollte sie nicht? Solche Jugendeselei geht doch vorüber, besonders wenn der Mannstand der Liebe sich absehnend verhält. Aber weißt du, wer hinter der ganzen Sekerei steckt?“

„Der Rees“, waren die beiden Frauen ohne sich zu besinnen.

„Stimmt! Und wist ihr auch warum?“

„Weil er ein alter Unheilstifter ist“, sagte Frau Dohm.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Bücher.

„Einer, der die Treue hält“. Roman aus dem 16. Jahrhundert von August G. Ruhl, Berlin. (Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel).) Eine Klostergeschichte aus der Reformationszeit, die in edler, an Schmelz und Gutes freudig geschilderter Formensprache die großen Probleme jener Epoche in den Lebenskämpfen einer Einzelpersonlichkeit uns mitteilen läßt. Es ist dies ein Mann, Pater Martinus, der zunächst in sich selbst eine weltliche Liebe niederzwingt als treuer Sohn der Kirche, zugleich auch und unter den entsetzten Klosterleuten herrscht, um dann, selbst von der neuen Lehre ergriffen, einen tapferen Tod zu sterben, der er sich ganz von der alten Gemeinschaft lösen mußte. In der ruhigen Objektivität seiner Darstellung, der starken bildhaften Eindringlichkeit gehört das gar nicht frauenzimmerliche Buch zu den besten geschichtlichen Romanen unserer Tage. K. P.

„Auf der Felle“. Erzählung von Armin Steinort (H. A. Felle). Mit wirksamer künstlerischer Titelgestaltung von Erich Gruner (Verlag von Grefflein u. Co., G. m. b. H., Leipzig).

„Die Eise Feinde“. Roman von Hans von Seigard (Grunow u. Co., Verlag, Leipzig).

Sozialistische Beruhigungsbefürchte in Paris.
— Berlin, 11. Juni. (ab.) Der „Berl. Anz.“ meldet aus Genf: Zur Beruhigung der Pariser Arbeitererschaft erließ der Pariser sozialistische Abgeordnete Brunet einen Aufruf, in dem er angesichts der die Hauptstadt bedrohenden Gefahren dringend jeder Störung der öffentlichen Ordnung widersteht. Im gleichen Sinne wendet sich Renaudel in der „Humanité“ gegen die Elemente, deren Ungehörigkeit eine vorzeitige Lösung von Paris zur Folge haben könnte.

Englische Täuschungen, deutsche Zahlen.

Neutrale Zeitungen, zuletzt noch die „Finanz-Zeitung“ in Kopenhagen vom 1. Mai 1918 in dem Artikel „Das Tonnageproblem nach den offiziellen englischen Zahlen“, bringen in letzter Zeit häufig Gegenüberstellungen zu Versenkungsergebnissen des Jahres 1917 nach deutscher und englischer Quelle, wobei sie ohne weiteres den englischen Zahlen den Vorrang geben, etwa mit der Begründung, die Engländer müßten ja ganz genau wissen, wie viel Schiffsraum versenkt sei, während die deutschen Zahlen nur auf Schätzungen der Unterseebootkommandanten beruhten, und es sei bekannt, wie leicht man sich auf See verfahren könne.

Demgegenüber muß folgendes festgestellt werden: 1. Die deutschen Zahlen werden nur nach sehr sorgfältiger Prüfung veröffentlicht. Außerdem ist die Differenz der beiden Zahlen viel zu groß, als daß sie auf bloßer Fehlschätzung beruhen könnte. Außerdem gibt es mehr Quellen und Möglichkeiten, um die Einzelangaben der Versenkungen nachzuprüfen, als sich die Neutralen anscheinend träumen lassen. Es steht völlig einwandfrei fest, daß die Verlustzahlen von Sir E. Geddes und des englischen Reichsbüros die Handelschiffe nicht einschließen, die zu militärischen und maritimen Transport- und Hilfszwecken dienen, also Transportschiffe, Kohlendampfer und Tankschiffe für die Militär- und Marineversorgung usw. Eine gewisse äußerliche Berichtigung dieser Schiffe nicht mit aufzuführen, liegt für die Engländer darin, daß diese Schiffe in der Regel nicht die gewöhnliche englische Handelsflagge, sondern die Kriegsfahne führen. Daß dies der wahre Sachverhalt ist, ist von der britischen Admiralität in einer amtlichen Erklärung auf eine Ausrufung des Staatssekretärs v. Capelle in der „Times“ vom 10. November 1917 ausdrücklich erklärt worden: „Die einzige ausgeschlossene (nicht mitgerechnete) Tonnage in Geddes' Aufstellung der englischen Schiffsverluste ist die der königlichen Flotte.“ Wenn die Neutralen dies nicht glauben wollen, so mögen sie erst einmal nachweisen, daß diese englische amtliche Erklärung nicht zutrifft. Admiral v. Capelle hat dies im Reichstag bereits kürzlich auseinandergesetzt, und das von Reuter dagegen verbreitete falsche Dementi, das dahin lautete, „Capelles Angabe sei richtig; die britischen Verlustzahlen umfassen nicht bloß Lebensmittelschiffe“, beweist gerade, daß die deutsche Feststellung richtig ist. Denn jeder sieht sofort, daß Reuter hier etwas dementierte, was gar nicht behauptet worden war. Es handelt sich keineswegs nur etwa um Lebensmittelschiffe. 3. Endlich steht fest, daß die Engländer torpedierte Schiffe, die in der Nähe der Küste in flachem Wasser gesunken sind, nicht als Kriegsverlust, sondern als gestrandet rechnen und nicht in ihre Verlustzahlen einschließen, auch wenn es noch so unwahrscheinlich ist, daß das Schiff jemals flott gemacht und repariert wird.

Zum belgischen Ministerwechsel.

W. T.-B. Bern, 10. Juni. Zum Rücktritt des belgischen Ministerpräsidenten Broqueville schreibt „Echo de Paris“: Broqueville tritt kurz vor dem Zusammentritt der in Frankreich und England anwesenden Mitglieder des belgischen Parlaments zurück. Man kann nicht behaupten, daß Broqueville die Zusammenkunft ermutigt habe. Zum erstenmal seit vier Jahren wird die belgische Regierung ihre Haltung in zahlreichen Fragen der belgischen Zukunft, wie der Flamenfrage usw., genau darlegen müssen.

Unsere U-Boote in amerikanischen Gewässern.

Erklärung des amerikanischen Marinejefretärs.

W. T.-B. Amsterdam, 11. Juni. (Drahtbericht.) Einem hiesigen Blatte zufolge erklärt die „Times“ aus Washington: Der stellvertretende Marinejefretär Franklin Roosevelt hat gegenüber dem Berichterstatter der „Times“ erklärt: Die amerikanische Flottenleitung benachrichtigte bereits Ende Mai alle Schiffe und Küstenbatterien, daß wahrscheinlich feindliche Unterseeboote an den Küsten des Atlantischen Ozeans erscheinen würden. Diese Warnung wurde abgesandt, noch bevor der Marinejefretär von den Unterseebootangriffen gehört hatte. Dampfer und Segler auf See und in den Häfen empfangen die Warnung, aber die langsamen Segler ohne Einrichtung für drahtlose Telegraphie konnten nicht mehr gewarnt werden. Amtliche Zahlen über die Zahl der Unterseeboote, die an der amerikanischen Küste auftraten, sind nicht veröffentlicht worden. Es handelt sich aber um mindestens zwei Unterseeboote. In Kriegsangelegenheiten ist man teilweise der Ansicht, daß eins davon ein Kampfunterseeboot, während das andere ein Vorratsschiff von der „Deutschland“-Klasse sei. Die Unterseeboote vernichten meist die Schiffe, die sie angreifen, durch Artilleriefeuer und Bomben. Nur in zwei Fällen wurden Torpedos benutzt. Es wurden auch einige Minen gelegt, von denen 12 bereits aufgefischt worden sind.

Eine permanente deutsche Blockade?

W. T.-B. Bern, 11. Juni. (Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ vom 7. Juni bringt eine lange New Yorker Drahtung über die Tauchbootversenkungen an der amerikanischen Küste, worin es heißt: Die Annahme, daß die Tauchboote, die wenigstens 15 Schiffe in einer verhältnismäßig geringen Entfernung von der Küste versenkt haben, nach Europa zurückgeführt seien, hat sich als falsch erwiesen. Von einem Zerstörer sind 48 Überlebende des versenkten Schiffes „Edward Ward“ aufgefischt worden. Interessante Erfahrungen machte die Befragung des versenkten Scheners „Edna“, welche eine Woche lang an Bord des Tauchbootes festgehalten wurde. Die Mannschaft des Tauchbootes erklärte, Deutschland habe eine permanente Blockade der amerikanischen Küste errichtet. Das Tauchboot habe viel mit Proviant für ein halbes Jahr verlassen, oder man beabsichtige, ein Jahr auf See zu bleiben und den Proviant von gecharterten Schiffen zu ergängen. New York bereitet sich auf alle Möglichkeiten vor.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

W. T.-B. Wien, 11. Juni. (Drahtbericht.) Amtlich verkundet vom 11. Juni:

In der unteren Biave scheiterten abermals zwei italienische Vorstöße. Auch in der Frenzela-Schlucht wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen. Südwestlich von Korra in Albanien haben die Franzosen ihren Angriff wieder aufgenommen. Der Chef des Generalstabs.

Englisch-amerikanische Versuche in Russland.

Br. Kopenhagen, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Die englisch-amerikanischen Versuche, den russischen Handel in der Gewalt zu behalten, werden durch eine Stockholmer Meldung der „National Tidende“ beleuchtet. Danach wird aus Petersburg gemeldet, daß dort eine große, mit besonderen Befugnissen ausgestattete Gesellschaft gegründet wird, die den gesamten russischen Außenhandels in Zusammenarbeit mit der russischen Regierung übernehmen soll. Die Gesellschaft besteht aus hervorragenden Geschäftsleuten, Industriellen und Bankherren, die über außerordentliche Geldmittel verfügen. Die Absicht der Sowjetregierung ist, durch dieses Monopol zu verhindern, daß der russische Handel an „Ausbeuter“ gerät. Seitens der Gesellschaft wurden bereits Verhandlungen mit verschiedenen ausländischen Interessengruppen angeknüpft.

Deutsches Reich.

Zur Frage einer Änderung unserer Lebensmittelversorgung.

Br. Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In der Presse findet zurzeit eine lebhafteste Ausdebatte über den Antrag Roesicke und über die inhaltlichen Anträge der Abgeordneten Held und Helfrich zur Frage der Lebensmittelversorgung statt. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, hat der zurzeit tönende Ernährungsausschuß des Reichstags einen Unterantrag zur Prüfung der Vorschläge eingelegt. Das Ernährungsamt wird zu den Anträgen Stellung nehmen, sobald die Beschlüsse des Unterantrages vor dem Ernährungsausschuß zur Verhandlung gelangen. Soweit die Anträge sich auf die Getreideversorgung beziehen, haben sie für das Wirtschaftsjahr 1918/19 durch die kürzlich veröffentlichte neue Reichsgetreideordnung eine negative Erledigung gefunden.

Berein Deutscher Zeitungsverleger.

W. T.-B. Berlin, 9. Juni. Heute vormittag fand im Hotel Prinz Albrecht die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger statt, die ungewöhnlich stark besucht war. Nach den einleitenden Worten des Vorstehers, in denen dieser u. a. darauf hinwies, daß der Verein im nächsten Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, erläuterte der Generalsekretär den Jahresbericht. Aus dem Bericht ging hervor, welche Summe von Arbeit auch in diesem Jahre Vorstand und Geschäftsstelle in Erfüllung der Aufgabe des Vereins geleistet habe. Die Debatte zum Hauptpunkt der Tagesordnung über die derzeitige Lage des deutschen Zeitungsverwerkes ergab manches Interessante. Es zeigte sich deutlich, wie schwer gerade das Zeitungsverwerke unter dem Ernst der Zeit zu leiden hat, wie schwer besonders die ungeheure Erhöhung der Papierpreise den ganzen Verlag bedroht. Aus den Besprechungen, die der Vorstand mit führenden Parlamentariern aller Parteien hatte, ergab sich jedoch, daß Aussicht besteht, durch Eingreifen des Reiches eine Katastrophe von der deutschen Presse abzuwenden. Klagen wurden auch in diesem Kreise über die vielfach mißbräuchliche Durchdringung der Zensur laut, auf Grund deren eine Entschärfung, die geeignete Abstellungsmaßnahmen vorschlägt, einstimmig angenommen wurde.

Wiesbadener Nachrichten.

Englische Spionage.

„Soldaten, Vorsicht bei Gesprächen! Spionengefahr!“ kann man überall in Deutschland lesen, und sicherlich hat das dauernde Bannen der Soldaten vor Spionage auch das Jübrige getan. Aber noch viel mehr ist die Meinung verbreitet, daß es heutzutage in Deutschland gar nicht mehr Spione gäbe. „Denn“, so hört man sagen, „jetzt sind ja kaum mehr Amerikaner und andere Ausländer in Deutschland, was soll denn hier noch spioniert werden?“ Diese Auffassung ist leider sehr unzutreffend, wenn man einen Blick über die deutsche Grenze wirft und im neutralen Ausland hören und sehen kann, wie von allen Seiten der Feind versucht, hinter unsere militärischen und Marineoperationen zu kommen, unsere Schiffsneubauten kennen zu lernen, zu wissen, wie und wo unsere U-Boote hergestellt werden und welche Wege sie einschlagen, wenn unsere Zepeline aufsteigen und vieles Ähnliche. Jede dieser Nachrichten kann dem Feind von größter Wichtigkeit sein und unserem Vaterland das Blut mancher tapferen Seele kosten. Man muß bedenken, ein wie starkes Interesse die Engländer daran haben, unsere U-Bootflotte zu bekämpfen, und man wird verstehen, wie sie überall nach Mitteln und Wegen suchen, über die Fahrten der U-Boote, ihre Konstruktionen, die Minenfelder und vieles andere mehr Nachrichten zu sammeln. Gewiß bedienen sie sich heute nur noch in verschiedener Zahl einzelner Berufsständiger Spione. Deren Tätigkeit wird meist schnell in Deutschland, wie die vielen Verhaftungen und schweren Bestrafungen während der ganzen Kriegsjahre zeigen, lahmgelegt. Rein, viel gefährlicher sind heute diejenigen, die eigentlich, ohne Spionage treiben zu wollen, dem Feind Dienste leisten, indem sie, sobald sie die deutsche Grenze passiert haben, nicht in der nötigen Weise sich Zurückhaltung auferlegen können und über ihre sogenannten Kriegserlebnisse, das was sie von Verwandten und Bekannten aus dem Krieg gehört haben, was sie unterwogen gesehen haben und vieles andere berichten. Hier laßt die englische Spionage zu und sieht zu, all dies, wie und wo sie nur irgendwie kann, zu sammeln. Leider merken ihr hier sehr viele Deutsche unbewußt, die ihren Mund nicht genügend halten können. Im ganzen neutralen Ausland haben die Engländer einen weit ausgedehnten Ausfragedienst verbreitet, der so geschickt arbeitet, daß der einzelne gar nicht merkt, daß seine eigenen Wahrnehmungen überhaupt Inter-

esse haben könnten. Es ist auch richtig, die einzelne Wahrnehmung ist auch gewöhnlich ziemlich belanglos. Sie wird es aber dadurch nicht mehr, wenn sie als Glied einer großen Kette derartiger Angaben in einer Zentrale zusammenfließt. Daher kann gar nicht genug gewarnt werden vor allen Erzählungen und Angaben über Marine- und militärische Verhältnisse, die man zufällig selbst weiß oder auch nur von Verwandten gehört haben will. Namentlich sollte jeder Deutsche, der in das neutrale Ausland reist, dies stets im Auge behalten. Besonders gilt dies auch für unsere Seeleute, die der Gefahr, ausgefragt zu werden, ganz besonders ausgesetzt sind.

— **Juwelen- und Goldankaufswache.** Eine unserer wichtigsten Kriegsaufgaben ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands, die in erster Linie auf einem unangefassten Goldschatz der Reichsbank und dem Strome unserer Valuta beruht. Um unserer wirtschaftlichen Rüstung diese Vorbedingungen zu erhalten, ist es notwendig, daß der Reichsbank immer wieder Gold zugeführt wird, und daß im Ausland Goldkassen geschaffen werden, welche die Ausfuhr deutschen Goldes auf ein Minimum herabdrücken. Um diese Notwendigkeiten zu fördern, soll nach dem Vorbild anderer Provinzen vom 16. bis 22. Juni in der Provinz Hessen-Nassau eine Juwelen- und Goldankaufswache allen denen, die diese Verpfändung noch nicht erfüllt, Gelegenheit bieten, Juwelen und Gold der Goldankaufsstelle zur Verfügung zu stellen. Das Gold wird der Reichsbank zugeführt, die Juwelen werden im neutralen Ausland verkauft. Die erzielten Summen bleiben als Guthaben in der Währung des Landes dort. Den Einkäufern wird der Verkaufspreis in deutschem Gold ausbezahlt. Möge der Veranstaltung ein voller Erfolg beschieden sein.

— **Ein neuer Vorschlag zur Kleiderabgabe.** Ein Berliner Blatt bringt folgende Zuschrift: Die Reichsbedarfsstelle fordert zur freiwilligen Abgabe von Angigen auf, und wenn diese Abgabe die erforderliche Zahl von Angigen nicht ergibt, so ist damit zu rechnen, daß eine allgemeine Eingiehung von Angigen erfolgt. Nun sterben täglich Leute, auf deren Bekleidungsgegenstände vom Standpunkt der Allgemeinheit gesehen die Erben keinen Anspruch haben. Würde es da nicht längst an Platz gewesen, daß die Reichsbedarfsstelle den nothwendigen Gedanken einer Eingiehung dieser Bekleidungsgegenstände gegen entsprechende Bezahlung in die Tat umsetzt hätte. Auf diesem Wege dürfte besonders von den vermögenden Kreisen eine ganz bedeutende Zahl von Bekleidungsgegenständen der Reichsbedarfsstelle zufließen.

— **„Nimm dir ein Postfachkonto!“** Du nimmst dem Vaterland!“, so lautet ein kleines Werbeblatt, das die Reichs-Postverwaltung in den nächsten Tagen an alle verteilen läßt, die dem Postfachverkehr noch fernstehen. Das Blättchen gibt einen Überblick über die einschlägigen Verhältnisse und legt in anschaulicher Weise die großen Vorteile dar, die die Teilnahme am Postfachverkehr mit sich bringt. Man spart die mit der Versendung barem Geldes verbundenen Kosten und Zinsverluste sowie das Warten an den Schalterstellen, man schließt sich der Zeitströme beim Ein- und Auszahlen des Bargeldes und vermeidet die Sorge um die sichere Aufbewahrung des Geldes und die Gefahr der Falschheitsübertragung durch umherbreitendes Papiergeld. Dabei ist der Postfachverkehr seit dem 1. April noch viel billiger geworden als früher. Alle Briefe zwischen dem Postfachkunden und dem Postfachamt sind jetzt portofrei. Die Gefahr für die bargeldlose Überweisung ist beseitigt. Bei Überweisungen auf ein anderes Postfachkonto genießt also der Postfachkunde völlige Porto- und Gebührenfreiheit. Auch der für Mitteilungen verwendbare Abschnitt der Überweisung wird dem Zahlungsempfänger gebührenfrei zugestellt. Dem Nutzen für den einzelnen weicht sich der wertvolle Dienst an, der unseren vaterländischen Währungswirtschaften mit der Förderung des bargeldlosen Zahlungsausgleichs geleistet wird. Es sollte jetzt niemand mehr zögern und jeder sich durch Ausfüllung des dem Werbeblatt beiliegenden Vordrucks dem bargeldlosen Zahlungsausgleich anschließen.

— **Hohes Alter.** Am 18. Juni vollendet Fräulein Sophie Weidenfeller in voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit ihr 90. Lebensjahr. Die Jubilarin ist eine Verwandte der Familie Gashab-Wieter, Kleine Kurstraße 7, und ist daselbst bereits noch, wie seit 60 Jahren, unermüdet im Haushalt tätig.

— **Rangordnung für Telefongespräche.** Neuerdings hat die Postverwaltung, wie der „Zeitungsvorweg“ schreibt, Anlaß genommen, die verschiedenen Telefongespräche in eine bestimmte Rangordnung einzugliedern, die 7 Gruppen umfaßt. An erster Stelle stehen die gebührenfreien Dienstgespräche der Militärbehörden in dringlichen militärischen Angelegenheiten. An zweiter Stelle stehen die Gespräche, die von den regierenden Fürsten des Deutschen Reichs und von ihren Gemahlinnen und Witwen oder im Auftrag von Hebeln aus den Beamten (Poststellen), der Umgebung, dem Gefolge oder den Hofstaaten geführt werden. Den dritten Rang nehmen dringende Gespräche der Staatsbehörden in Staatsangelegenheiten einschließlich der dringenden Dienstgespräche der Stellen der Post- und Telegraphenverwaltung ein. An vierter Stelle kommen dringende Pressegespräche, woran sich als fünfte Gruppe dringende Gespräche der Privaten und der vorher nicht genannten Zivilbehörden anschließen. Als sechste Gruppe folgen die Privatgespräche und endlich gewöhnliche Gespräche der Privaten einschließlich aller Zivilbehörden und der Militärdienstgespräche, so weit sie gebührenpflichtig sind. Die Gespräche der höheren Klasse genießen den Vorrang vor den Gesprächen der niederen Klasse, auch wenn sie später angemeldet worden sind. Innerhalb der einzelnen Klassen ist dagegen für die Reihenfolge der Auslieferung des Gesprächs nur die Zeit der Anmeldung maßgebend.

— **Postsendungen, die „verloren“ gehen.** Postpost-Briefsendungen werden bei den Postanstalten nach wie vor täglich in großer Zahl mit Übergehalt eingeliefert. Sie überschreiten das Gewicht von 50 Gramm, das für portofreie Postsendungen zugelassen ist, sind aber nicht freigestellt. Hauptursachen sind Briefe mit Tageszeitungen und illustrierten Zeitschriften. Nach den geltenden Bestimmungen müssen diese Sendungen an die Absender zurückgegeben werden. In sehr vielen Fällen ist aber der Absender auf den Sendungen nicht vermerkt. Die Sendungen müssen dann als unanbringlich behandelt werden. Begreiflicherweise entstehen daraus Unannehmlichkeiten für den Absender wie für den Empfänger. Um diese zu vermeiden, ist es unbedingt nötig,

Hotel „Metropole“, Wilhelmstraße.

Vom 17. bis 22. Juni findet für Damen und Mädchen aller Stände ein

Tischde- und Servier-Kursus

verbunden mit

Anstandslehre

Satt. Folgende Punkte werden u. a. behandelt:

1. Vorbereitungen für gesellschaftliche Veranstaltungen, Titulaturen, Empfang der Gäste, Hüfungsarten, gesellschaftliche Bräuche.
 2. Gesellschaftliche Sitten und Anstand in besonderen Verhältnissen.
 3. Der Kaffee- und Teetisch, das Kaffeetrinken, der Damentee usw.
 4. Der Frühstückstisch, Tafelschmuck, das Servieren der Bedienten u. d. Hausfrau.
 5. Der Frühstückstisch.
 6. Das Frühstück und Servieren. Regeln der Bedienung. Wie sollen wir essen.
 7. Der schlichte Abendtisch, fliegende Tafel usw.
 8. Das Serviettenbrechen.
 9. Schlusstränken der Teilnehmerinnen, als wirklich gefällige Veranstaltung.
- Der Unterricht wird theoretisch und praktisch mit allen dazu gehörenden Tafelgeräten erteilt. Tageskursus von 4—8, Abendkursus von 8—10 Uhr. Honorar 18 Mk., zahlbar bei Beginn.
- Anmeldungen werden am Eröffnungstage, Montag, den 17. Juni, von 2 bis 8 Uhr nachmittags, beim Hotelportier entgegengenommen.
- Die Kursus-Leiterin: Helene Masch.

Bekanntmachung

Den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend haben wir Einrichtungen getroffen, um aus

alten Stoffen,

Futter usw. noch **gute** Bekleidungsstücke für Knaben, Mädchen u. Damen herzustellen.

Modelle sowie Auskunft u. Ratschläge stehen jederzeit **kostenlos** zur Verfügung.

Gebrüder Baum,

Webergasse 6.

Bad Homburg

Altberühmtes Heilbad (Nieren, Darm, Leber und Stoffwechselstörungen, Gicht und Rheuma, Herzkrankheiten, Frauenleiden) • **Versorgung allgemein gelobt**
Drucke und alle Werkstoffe (auch über Befehl) kostenlos durch die Kurverwaltung



Gegründet 1842.

Spedition.

Versicherung. Rollfuhrwerk. Lagerung.
Gepäckbeförderung. Inkasso.

Möbeltransporte

unter Garantie von und nach allen Plätzen.
Erfahrene Packmeister zur Begleitung der Transporte.

Stadumzüge. Verpackungen.

Lagerung

von ganzen Wohnungs-Einrichtungen im
„Wiesbadener Möbelheim“.
Safes. Sicherheitskabinen. 8000 qm
Lagerfläche.

Reisebüro: Kaiser Friedrichplatz 2.
Amtl. Fahrkartenausgabe ohne Verkaufsgebühr. Gepäckabfertigung. Reisegepäckversicherung. 529
Telephon 242 und 2376 und direkte Verbindung durch eigene Telephonzentrale.



L. RETTENMAYER

Hauptbüro: **Nikolasstrasse 5.**

Telephon 12 — 115 — 124 — 242 — 2376 — 6611.

„Rex“
Einkoch-Apparate

„Rex“
Saft-Apparate

„Rex“
Einkoch-Gläser

Glänzend bewährt!



Kleine **Erich Stephan** Ecke
Burgstrasse Häfnergasse
F. 736 und 4936. K133

Einmachpulver

Benzoesaures Natron macht ohne Zucker eingedicktes Obst vollkommen frisch und dauernd haltbar.
Alleinverkauf: **Schützenhof-Apotheke**
Langgasse 11. 494



Gesundes, trockenes
Buchenscheifholz 5.25
offenfertig, bei Abnahme von 10 Ztr.

fein gespaltene
Anzündholz 6.25
der Zentner frei Keller

Ludwig Jung Bräutigamshandlung
Bismarckring 32
Fernsprecher 959

Filetspitzen und Einsätze

in großer Auswahl.

Conrad Vulpius
Marktsfr. 30, Ecke Neugasse 26.

Für Wiesbaden
Alleinverkauf

VON 431



ORIGINAL ORTEL'S
Einkoch-Apparate Gläser
„Dampf Fruchtsaft“
Bereitung

Sind unerreicht u. das Beste der Gegenwart

Neu! **OGI-Einkochgläser** Neu!
schliessen garantiert ohne Gummiring.
Allererste Qualität mit massivem Rand.

WILH. HÖCKER
WIESBADEN

•SCHILLERPLATZ 2• Fernspr. 6424
Gross-Küchen-Einrichtungen.

Wer Brotgetreide versüßert, ver-
sündigt sich am Vaterlande und
macht sich strafbar! :: :: ::

Sehr günstiges Angebot!

An Wiederverkäufer und Selbstverbraucher haben wir von unserm ganz vorzüglichem

Schmierwaschmittel

noch größere Posten abzugeben.
Anfragen an **Gg. Golling & Kopp**,
Augsburg 10, Bay.
Auch gut eingeführte Vertreter gegen hohe Provision erwünscht.

Schuhsohlerei „Hans Sachs“

Michelsberg 13

Annahme sämtlicher Schuhreparaturen
bei billiger Preisberechnung.

Reparaturzeit 1—2 Tage.

Ein Pianino Lege den Preis von circa
1000 Mk. an.
zum Selbstgebrauch **Frau Kannenberg**
gekauft. Walramstr. 27.

Möbel- Transporte

von Zimmer zu Zimmer
nach allen Richtungen.

Bestes geschultes Personal.

Wiesbadener Transport-Gesellschaft
Friedrich Zander jr. & Co.

Fernspr. 1048 Adelheidstr. 44.

Südwestdeutsche Treuhandvereinigung G. m. b. H.

Frankfurt a/Main, Kaiserstrasse 10 a,

übernimmt auf Grund von festen Abonnements-Verträgen

Aufstellung und Prüfung von Steuer-Erklärungen
Revisionen bei erfolgten Steuer-Veranlagungen
Einlegung von Rechtsmitteln bei unrichtig erfolgter Veranlagung
Gewissenhafte, fachkundige Beratung in allen Steuer- u. Stempelsachen
unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- u. Besitzsteuer-
Spezielle Bearbeitung für Steuerfragen der G. m. b. H. und Aktien-
Gesellschaften.